

**Darmstadt,
19. November 2007**

**Deutschland
Polen
Russland**

**Geschichte
Erdgas
Geographie**

**Elfte deutsch-polnisches
Podiumsgespräch**

mit
Wolfgang Eichwede
Rolf Mafael
Marek Prawda
Andrei V. Zagorski
und als Moderator
Manfred Sapper

Dokumentation
des Podiumsgesprächs

Deutsches Polen-Institut

Gefördert vom Auswärtigen Amt

**DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT**



Begrüßung

Einen schönen guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie ganz herzlich zum 11. deutsch-polnischen Podiumsgespräch des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, das sich in diesem Jahr den komplexen Verhältnissen innerhalb der Konstellation Deutschland – Polen – Russland widmet. Ganz besonders herzlich begrüße ich den Botschafter der Republik Polen, Herrn Dr. Prawda, den Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Dr. Gehrke, die Stadtverordneten und die Abgeordneten des Hessischen Landtags, den Generalkonsul der Ukraine, Herrn Nowosyolow, den Konsul der Russischen Föderation, Herrn Isatschenko, die Schülerinnen und Schüler der Europa-Lichtenbergschule Darmstadt und nochmals Sie alle, sehr geehrte Damen und Herren.

Gegenseitiges Misstrauen und wachsende Unsicherheit über die Zukunft scheinen derzeit gängige Beschreibungen des Zustands der Beziehungen zwischen der EU und Russland zu sein. Denn trotz zahlreicher pragmatischer Kooperationen sind die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit beider Seiten in zahlreichen wichtigen Fragen nicht geklärt. Hier sind Russlands eigenwillige Energiepolitik zu nennen, der rigorose Umgang mit ausländischen Investoren, bilaterale Querelen mit einigen EU-Mitgliedsstaaten oder auch das neue Auftreten Russlands im postsowjetischen Raum. Der EU wiederum scheint es in wichtigen Fragen, die das Verhältnis zu Russland betreffen, an einer gemeinsamen Position zu mangeln. Kaum eine Nachbarschaft in Europa ist so stark von Anziehung und Abstoßung geprägt und hat dabei den Gang der europäischen Geschichte in den letzten Jahrhunderten derart beeinflusst wie die russisch-deutschen, die deutsch-polnischen und die russisch-polnischen Beziehungen mit ihren trilateralen Bezügen. Die Themen, die das deutsch-polnisch-russische

Verhältnis in Atem halten, reichen weit in die Geschichte zurück. Das gesamte 20. Jahrhundert, das Zeitalter der Weltkriege, der Kalte Krieg und zuletzt noch die Zeit der großen Wende von 1989 sah Deutsche, Polen und Russen als besonders exponierte Akteure, die die Geschichte und Gestalt Europas entscheidend geprägt haben. Dabei werden so zentrale Fragen wie die nach der Zukunft der europäischen Integration, den Grenzen Europas und der Rolle Russlands in Europa in den drei Ländern jeweils unterschiedlich diskutiert.

Daher scheint es sinnvoll und spannend zu sein, im Rahmen eines polnisch-russisch-deutschen Dialogs das Gespräch zu suchen, und wir freuen uns, kompetente Gesprächspartner für unser trilaterales Gespräch gefunden zu haben. Der Moderator der Podiumsdiskussion, Herr Dr. Manfred Sapper, wird sie im Einzelnen vorstellen. Ich sage von hier aus nur: Ich freue mich sehr, dass Sie heute hier sind, lieber Herr Professor Eichwede aus Bremen, sehr geehrter Herr Mafael aus Berlin, lieber Herr Professor Zagorski aus Moskau und lieber Herr Botschafter Dr. Prawda. Ursprünglich sollte auf diesem Podium auch der frühere polnische Außenminister Stefan Meller sitzen. Leider ist er längerfristig erkrankt, so dass uns heute nur bleibt, ihm von hier aus gute Gesundheit zu wünschen. Ich übergebe nun das Wort an Manfred Sapper und wünsche Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, einen interessanten Abend, jedoch nicht ohne zuvor dem Auswärtigen Amt für die Förderung der heutigen Veranstaltung gedankt zu haben.

Prof. Dr. Dieter Bingen
Direktor des Deutschen Polen-Instituts



Von links: Rolf Mafael, Marek Prawda, Manfred Sapper, Andrei V. Zagorski und Wolfgang Eichwede

Sapper: Schönen Dank, lieber Dieter Bingen. Der furiose Abriss der Relevanz des Themas verführt zu dem Gedanken, es sei schon alles gesagt, wenn vielleicht auch noch nicht alles von allem. Insofern hoffe ich, dass wir im Folgenden noch die Möglichkeit haben werden, diesen bunten Strauß an Themen etwas genauer zu betrachten. Als ich vom Polen-Institut die Einladung bekam, die Veranstaltung »Deutschland – Polen – Russland« mit dem ›präzisen‹ Untertitel »Geschichte – Erdgas – Geographie« zu moderieren, dachte ich zunächst, dass dies ein ziemlich ambitioniertes Programm für eine Veranstaltung von anderthalb Stunden und eigentlich nicht zu realisieren sei. Denn entweder könnten wir uns nur den Implikationen der Wahlen in Polen widmen oder ausschließlich darüber diskutieren, was sich in Andrei Zagorskis Heimat, in Russland, rund um die Wahlen tut. Oder aber wir könnten diskutieren, was nach Lissabon in der Europäischen Union zu tun ist. Doch obwohl die Breite der Themen schlichtweg nicht zu bewältigen ist, haben wir uns trotzdem zu dieser Runde unter dieser Fragestellung entschieden. Denn in der operativen Politik können sich ein hoher Ministerialbeamter wie Herr Mafael oder ein Botschafter wie Herr Prawda ebenfalls nicht aussuchen, welche Themen sie behandeln und welche sie ignorieren wollen. Wir werden deshalb versuchen, in einem Parforceritt einige Schlaglichter auf diese sehr spannungsreiche Beziehung zwischen Deutschland, Polen und Russland zu werfen. So begrüße ich hier zunächst Botschafter Marek Prawda, der seit über einem Jahr die Republik Polen in Berlin vertritt. Von Hause aus Ökonom und Soziologe, war er vorher Botschafter im Königreich Schweden. Herr Prawda, welcher Posten gefällt Ihnen eigentlich besser, der in Schweden oder der in Berlin?

Prawda: Ich bin gerne nach Deutschland gekommen. Ich war auf alles gefasst und wurde nicht enttäuscht. Aber es ist allemal interessanter als die vorherige Aufgabe.

»Ich bin gerne nach Deutschland gekommen. Ich war auf alles gefasst und wurde nicht enttäuscht.«

Marek Prawda

Sapper: Noch weiter östlich ist, wenigstens formal, Andrei Zagorski zu Hause. Formal, denn ich kenne niemanden, der in den vergangenen 20 Jahren mit einer derartigen Omnipräsenz in Prag und in Hamburg, in Berlin und in Paris unterwegs war. Andrei Zagorski gehört zu einer Gruppe von brillanten, international anerkannten Politikwissenschaftlern in Russland. Er hat an der ›Kaderschmiede‹ des Außenministeriums, dem MGIMO in Moskau, Internationale Beziehungen studiert und hält sich

derzeit für einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin auf. Andrei, im Rückblick auf 17 Jahre Westeuropa – wenn man Moskau und Berlin vergleicht, wie lebt es sich zurzeit eigentlich in Deutschland?

Zagorski: Berlin ist viel geräumiger. Berlin hat fast nur die Hälfte der Bevölkerung Moskaus, dafür aber eine größere Fläche. So können meine Familie und ich den Aufenthalt gut genießen.

Sapper: Aus dem Auswärtigen Amt in Berlin ist Rolf Mafael bei uns, der von Hause aus Jurist ist. Zunächst in der Staatsanwaltschaft tätig, war er dann mit Abrüstungsfragen befasst. Er war in Teheran, später bei der NATO in Brüssel, dann erster Botschaftsrat und Leiter der politischen Abteilung in Tokio. Seit einem halben Jahr leitet er die EU-Koordinierungsgruppe im Auswärtigen Amt. Herr Mafael, wenn Sie diese zwei Aufgaben vergleichen: Was ist schwieriger, sich mit dem Regime in Teheran auseinander zu setzen oder zu versuchen, 27 Mitglieder der EU zu koordinieren?

Mafael: Wenn ich das vielleicht noch ergänzen darf: Ich war Leiter der EU-Koordinierungsgruppe und bin jetzt Beauftragter für die Beziehungen zu den EU-Mitgliedsstaaten, das heißt auch zu Polen. Mit den 27 EU-Mitgliedsstaaten muss man sehr viel mehr reden, während man in Teheran sehr viel länger vor der Tür stehen muss, bevor man überhaupt einen Termin bekommt. Zwischen den Mitgliedsstaaten geht das Geschäft auf ganz reguläre Art, in Teheran ging es oft über verschlungene Pfade. Also, die Europäische Union liegt mir näher.

Sapper: Wolfgang Eichwede ist einer derjenigen, bei denen man nicht so genau weiß, ob er das Institut ist oder das Institut Wolfgang Eichwede. Er war Gründer und langjähriger Leiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Diese Forschungsstelle stellt weltweit eine einzigartige Einrichtung dar, weil sie eine großartige Sammlung von Publikationen der Opposition in den kommunistischen Ländern zusammengetragen hat. Diese Einrichtung steht jetzt vor einer Zäsur, weil Wolfgang Eichwede angeblich pensioniert ist. Wolfgang Eichwede, Sie gehören zu denjenigen, die auf die Ostpolitik der Bundesregierung von ihrem Beginn an zurückschauen können. Haben Sie in Bremen schon von Anfang an eine Balance zwischen einer Ostpolitik herstellen können, die sich auf die Sowjetunion konzentriert hat, und einer Ostpolitik, deren vorrangiges Ziel es war, eine Aussöhnung mit Polen zu erreichen?

Eichwede: Der Ausgleich musste mit beiden Ländern vollzogen werden, und das trotz der politischen Systeme, die wir vor 1989 sehr unterschiedlich bewertet haben. Das Spannende an dem Geschäft in den zurückliegenden 30 oder 40 Jahren bestand in der Tat darin, hinter die Kulissen des Politbüros zu schauen. Mich hat immer viel mehr interessiert, was in den Köpfen der Leute vorgeht und nicht, was in den Köpfen von ein paar Politikern passiert. Darin bestand sozusagen der Sinn dieses Instituts, und vor diesem Hintergrund sind die Aussöhnung mit Polen und das Verständnis für Polen mit allen seinen Schwierigkeiten genauso wichtig wie dasjenige mit Russland.

»Russland und Polen können und sollen wir Deutsche niemals wieder gegeneinander ausspielen.«

Wolfgang Eichwede

Russland und Polen können und sollen wir Deutsche niemals wieder gegeneinander ausspielen. Und wir werden dies auch gar nicht mehr können, weil beide Länder stolz genug sind.

Sapper: In der Forschungsstelle Osteuropa befindet sich auch umfangreiches Material aus der Phase der Solidarność. Marek Prawda war Mitglied der Solidarność. In den letzten zwei Jahren kam es unter der Kaczyński-Regierung sowohl in Warschau als auch in Berlin und Brüssel zu einigen Irritationen. So schien heute Morgen das Timing zwischen Darmstadt und Frankfurt geradezu perfekt, als die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit dem Kommentar aufmachte: »Chance mit Tusk«. Ich zitiere den ersten Satz: »Vor einem Jahr sagte der Politologe Klaus Bachmann in der Zeitschrift *Osteuropa* voraus, dass die Brüder Kaczyński einen Modernisierungsschub in Polen in Gang setzen würden. Ihr Angriff auf demokratische Institutionen und ihr Freund-Feind-Denken würden demokratische Gegenwehr erzeugen. Da Populisten in der Regel ohnehin nicht in der Lage seien, die Probleme zu lösen, die sie benennen, würden sie auch die Wähler verlieren. Das Land werde danach ein stabilerer und konstruktiverer Partner sein als zuvor.« Die Prophezeiung von Klaus Bachmann scheint aufgegangen zu sein. Botschafter Prawda, was haben wir für eine Interpretation vorzunehmen, wenn wir uns den Ausgang der polnischen Wahlen anschauen?

Prawda: Wir haben zu berücksichtigen, dass wir uns in einem Transformationsprozess befinden und dass dieser Prozess einer bestimmten Logik gehorcht. In diesem Sinne ist die Analyse von Klaus Bachmann Teil einer Bewertung, die wir heute ebenso vornehmen würden. Für uns waren

diese Wahlen sehr wichtig, viele meinten sogar, es seien die wichtigsten Wahlen seit 1989 gewesen. Es war eine Richtungswahl, die auch einen Wandel in der politischen Kultur angekündigt hat. Schon die Wahlbeteiligung überraschte positiv: Sie lag um 14 Prozent höher als bei vorangegangenen Wahlen. In der Regel ist die Wahlbeteiligung in Polen sehr niedrig, so dass man diese Wahl auch als einen Sieg des demokratischen Prinzips bezeichnen kann. Durch die höhere Wahlbeteiligung hat sich real etwas im Land verändert, denn es konnten beispielsweise die liberal eingestellten Nichtwähler mobilisiert werden. Wir waren das erste Land, das nach 1989 Reformen durchgeführt hat. Dabei hat man in Polen einige Schritte übersprungen. Zum Beispiel wurde zunächst bewusst auf die Parteienbildung verzichtet. Angesichts einer so wichtigen und schwierigen Aufgabe wie der Wirtschaftsreform, so war die Argumentation, würde es ausreichen, sich zunächst auf einen einzigen Block, das Bürgerkomitee, zu verständigen. Aber es ist nicht alles so mustergültig verlaufen, weil es eben keinen Fahrplan zum Thema »Vom Kommunismus zum anderen System« gibt. Deshalb schwelen in meinem Land noch viele vertagte oder versäumte Debatten, so dass uns ab und zu etwas einholt, was wir vielleicht nicht erwartet haben wie zum Beispiel 2005 der Ausgang der vorletzten Wahlen.

Sie waren eine Art konservative Revolution. Wir waren damals sehr besorgt, weil sich zeigte, dass es eine große Gruppe an Protestwählern gab – Menschen, die sich ausgeschlossen fühlten und wenig Potenzial

für Reformen mitbrachten. Das war ein Alarmzeichen für die Politik, die sich jetzt darum bemühen muss, diese Menschen für die Politik zurück zu gewinnen. Unser Ziel muss es sein, die Ausgeschlossenen wenigstens zu Unzufriedenen zu machen, damit sie aktive Bürger

»Unser Ziel muss es sein, die Ausgeschlossenen wenigstens zu Unzufriedenen zu machen, damit sie aktive Bürger und Teil des Modernisierungsprozesses werden.«

Marek Prawda

und Teil des Modernisierungsprozesses werden. Die damalige Debatte führte dazu, dass man das liberale Modernisierungskonzept hinterfragte und das Land stattdessen auf der Basis von Werten und Traditionen zu retten versuchte. Man wollte die Distanz zum Volk verringern. Natürlich hatte dieser Stimmungswechsel auch seine Schattenseiten. Den Gewinnern der Transformation schlug beispielsweise großer Neid entgegen. Bei der Wahl von 2005 hat die gedemütigte Provinz ihr Profil und ihre Stimme bekommen. Natürlich haben auch viele davon gelebt, dass sie der Provinz eingeredet haben, sie sei gedemütigt. Doch bei aller politischen

Instrumentalisierung darf man nicht vergessen, dass in der Tat große Teile der Gesellschaft vom Modernisierungsprozess abgehängt worden waren. Die jungen Wähler dagegen waren 2005 von diesem Richtungswechsel abgeschreckt. Jetzt sind sie wieder da, und das entspricht genau der Analyse, die Sie zitiert haben.

Die Wahlen 2007 bedeuten eine Korrektur, auch wenn jetzt viele Menschen keineswegs völlig anders denken. Einige Analysten behaupten, die Grundhaltung der Menschen hätte sich in den letzten Jahren verändert. Das würde ich nicht sagen. Eher handelt es sich um eine Begleiterscheinung des Transformationsprozesses. Denn viele Leute haben ihr Leid in früheren Phasen der Transformation nicht geklagt. Lange haben wir uns schöner dargestellt und schöner gesehen als wir tatsächlich waren. In den Medien wurden in den letzten zwei Jahren teilweise ungewöhnliche Kommentare verbreitet. Dagegen hat jetzt ein großer Teil der Bevölkerung protestiert. Die liberale Bürgerplattform erhielt 42 Prozent der Stimmen. Allerdings bedeutet dies weniger, dass eine streng liberale Partei einen derart hohen Stimmenrückhalt in der Bevölkerung hat, sondern vielmehr müsste man von einer bürgerlich-liberalen Gruppierung sprechen. Es handelt sich um eine klassische Volkspartei bzw. um eine Partei, die zur Volkspartei werden will. Ihr Profil ist derzeit sehr heterogen, weil viele auch allein deshalb für sie gestimmt haben, um den Wechsel herbeizuführen.



Der neue Ministerpräsident Donald Tusk muss hohe Erwartungen erfüllen. Ich glaube aber, er hat jetzt die große Chance, auch die Verlierer der Transformation anzusprechen und neue Energien freizusetzen. Der Wahlsieg birgt allerdings auch eine Falle. Für einen Ministerpräsidenten ist es nach einem derartigen Ergebnis immer eine große Versuchung, nach seinem Vorgänger aufräumen zu wollen. Dies kann ebenso wenig alleiniges Programm sein wie eine ausschließliche Konzentration auf die notwendigen Systemreformen. Viel wichtiger wird jetzt sein, dass Donald Tusk sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik Visionen entwickelt. Man erwartet von ihm vor allem eine moderne Sozialpolitik. Natürlich hoffen wir, dass es auch in der Außenpolitik neue Impulse geben wird, was selbstverständlich auch die deutsch-polnischen Beziehungen betrifft.

Ich denke, wir sollten zunächst einmal in aller Ruhe über unsere Beziehungen sprechen und erst, nachdem wir die Atmosphäre verbessert haben und ins Gespräch gekommen sind, über die Rezepte diskutieren.

Sapper: Schönen Dank, Herr Botschafter. Marek Prawda hat gesagt, 2007 sei in seiner weit reichenden Bedeutung vergleichbar mit 1989. Bei einem solchen zeithistorischen Zugang drängt es sich förmlich auf, diesen Blickwinkel auch auf Russland zu übertragen. Vor acht Jahren, 1999, gelangte ein weithin unbekannter, blasser Mann ins Präsidentenamt, und nun finden im Dezember auch in Russland Wahlen zur Duma statt. Andrei Zagorski, was war 1999 der Stand der Dinge in Russland und wie sieht es heute aus? Und als einen direkten Kommentar zu Marek Prawdas Ausführungen: Wie wird eigentlich in Russland der Ausgang der polnischen Wahlen interpretiert?

Zagorski: Russland hatte sich 1999 nach der schweren Finanzkrise von 1998 noch nicht ganz wieder erholt. Dabei war noch vor der Regierungsübernahme durch Putin unter dem damaligen Ministerpräsidenten Primakow eine überaus strenge Finanzpolitik eingeführt worden, und es zeigten sich bereits die ersten heilenden Effekte. Aber verglichen mit der Ausgangslage stellt sich die Lage heute sicherlich ganz anders dar. Russland erlebte während der gesamten Regierungszeit Putins hohe Wachstumsraten. Nun könnte man auch diskutieren, inwiefern die hohen Exportpreise für russische Waren oder andere Faktoren dafür verantwortlich sind. Aber Russland hat natürlich die Gunst der Stunde genutzt.

Wenn man sich die makroökonomischen Daten anschaut, hat man es heute mit einem völlig anderen Russland als noch 1999 zu tun. Der Schuldenberg ist weg, jedenfalls was die staatlichen Schulden angeht. Der Staatshaushalt ist auf ein Mehrfaches angewachsen. Damit haben in Politik und Gesellschaft ein Gefühl der Stabilität und ein neues Selbstbewusstsein Einzug gehalten. Dieses wird flankiert von kontrovers diskutierten innenpolitischen Entwicklungen. Dabei geht es beispielsweise darum, ob Konsolidierung und wirtschaftliches Wachstum für den Ausbau der Demokratie oder aber zur Schwächung demokratischer Institutionen genutzt wurden, wohin die Konsolidierung der Finanzmacht und ihre inzwischen weit gehende Konzentrierung in der Hand des Staates führen und wie effektiv eine staatlich dirigierte Modernisierung des Landes ist.

Es ist also auf der einen Seite das Bild eines gestärkten Russlands unter dem Motto »Russland kehrt in die Weltpolitik zurück« entstanden, wobei gleichzeitig auf der anderen Seite zahlreiche politische, wirtschaft-

liche und strukturelle Probleme weiter bestehen. Vor diesem Hintergrund war die Entwicklung der russisch-polnischen Beziehungen konfliktträchtig. Betrachtet man die gesamte Zeitspanne von 1999 bis heute, hat man sich in einer sehr hügeligen Landschaft bewegt, in der es unablässig bergab und bergauf ging. In der Gesamtbewertung der bilateralen Beziehungen sehe ich allerdings eine Entwicklung von wenig zu immer weniger Hoffnung. Die Wahlen in Polen stellen eine Wende dar, da sie einen Schimmer Hoffnung auf die bilateralen Beziehungen werfen. Man hat registriert, dass Herr Tusk während des Wahlkampfes nicht nur das deutsch-polnische Verhältnis angesprochen hat, sondern auch an einer Verbesserung der Beziehungen zu Russland interessiert ist.

»In der Gesamtbewertung der bilateralen Beziehungen sehe ich allerdings eine Entwicklung von wenig zu immer weniger Hoffnung.«

Andrei Zagorski

Trotz der Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung und der Festlegung der Eckpunkte der zukünftigen Regierungspolitik hört man inzwischen, dass sich Einiges in den strittigen Fragen zwischen Russland und Polen bewegen soll wie beispielsweise eine Regelung der Fleischimporte nach Russland oder in der Frage eines Warschauer Vetos gegen die Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen Russland und der Europäischen Union. Nachdem sich beide Seiten im Mai dieses Jahres beim Gipfeltreffen völlig zerstritten hatten, ging ich davon aus, dass bis zur Präsidentschaftswahl in Russland im März nächsten Jahres keine offiziellen Verhandlungen über einen neuen Vertrag zwischen Russland und der EU aufgenommen würden. Heute jedoch scheint es, dass vielleicht nicht erst unter der französischen Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr, sondern schon bis zum Gipfel zwischen Russland und der EU im Juni 2008 ein Beschluss zur Aufnahme neuer Gespräche gefasst werden wird.

Sapper: Andrei Zagorski deutet sehr diplomatisch an, dass es im Mai 2007 offensichtlich zu einem völligen Zerwürfnis zwischen Russland und der Europäischen Union kam. Aber auch da, glaube ich, lohnt sich ein zeit-historischer Zugang zu den Beziehungsgeflechten Brüssel – Ostmitteleuropäische Staaten sowie Brüssel – Moskau und damit die Überlegung, wo wir eigentlich 1999 standen und wo wir im Jahr 2007 stehen. Herr Mafael.

Mafael: In das Jahr 1999 fiel der NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Das bedeutete einen essentiellen Schritt zur Überwindung der Teilung Europas. 2004 wiederum

traten Polen, Tschechien und andere süd-, mittel- und osteuropäische Staaten der Europäischen Union bei. In dieser Phase von 1999 bis heute wurde also die Westintegration der Länder Mittel- und Osteuropas besiegelt. Länder wie Polen wurden fest in die euroatlantischen Strukturen integriert. Aus persönlicher Sicht ragen für mich zum einen das Jahr 1999 mit der deutschen Ratspräsidentschaft unter der Führung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer heraus sowie die deutsche Ratspräsidentschaft von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier von 2007.

1999 bedeutete eigentlich eine Zeit der Hoffnung und des Aufbruchs, was die Beziehungen zwischen der EU und Russland anging, denn 1997 wurde mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ein Rahmen

für diese Beziehungen geschaffen. Dieses Abkommen umschloss eine Vereinbarung über die »Vier Räume«, das heißt über die verschiedenen Felder der Zusammenarbeit mit Russland. Putin unterstrich bei seiner Rede vor dem Bundestag 2001, dass er eine enge Verbindung zwischen Russland und der Europäischen Union anstrebe. Betrachtet man die Zeitspanne von 2001 bis 2004/05, so wurde die Zusammenarbeit im Kultur-, Wirtschafts- sowie



Rolf Mafael

Forschungs- und Bildungssektor kontinuierlich ausgebaut. In den letzten anderthalb bis zwei Jahren allerdings ist eine zunehmende Stagnation zu beobachten. Das hat mit zwei Faktoren zu tun. Der eine Faktor mag eine veränderte Politik Putins sein, sein Streben nach mehr Vorteilen und einer stärkeren Wahrnehmung als Großmacht. Der andere Faktor aber ist die derzeitige Gestalt der Europäischen Union. Denn wenn es ein Dossier gab, das während unserer eigenen Präsidentschaft fast nicht zu bewältigen war, dann waren das die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Hier wurden wir uns zum ersten Mal wirklich der Tatsache bewusst, dass wir eine neue EU der 27 Mitgliedsstaaten sind.

Zunächst wurden die eigentlich schon im letzten Jahr unter finnischer Präsidentschaft vorgesehenen Verhandlungen wegen der offenen Frage der Energiecharta gestoppt. Die Frage, ob die Unterzeichnung der Energiecharta durch Russland zu einer Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen gemacht werden sollte, brachte vor allem Polen ins Spiel.

Kurz nach Beginn unserer eigenen Präsidentschaft kam dann noch ein weiterer Streitpunkt hinzu. Denn Litauen hatte mit Russland Probleme, weil von russischer Seite über die Pipeline, die auch einen Abzweig nach Litauen hat, keine Energie mehr geliefert wurde, während litauische Raffinerien nur zu höheren Kosten produzieren konnten. Diese Frage betrachtete Litauen nicht als ein bilaterales Thema, sondern brachte es auf die EU-Agenda und machte seine Lösung zumindest vorübergehend zur Bedingung für die Verhandlungsaufnahme über ein PKA mit Russland. Kaum wurden in dieser Angelegenheit erste Absprachen erzielt, verlegte man in Tallinn das Denkmal des Bronzenen Soldaten. Es kam zu Auseinandersetzungen nicht nur in Tallinn, sondern auch in Moskau, insbesondere vor der estnischen Vertretung. Das erinnerte in gewisser Weise an Zeiten des Kalten Krieges. Und schließlich kam dann noch der Fall Litwinenko hinzu. Unsere EU-Präsidentschaft wurde hier also stark von den bilateralen Beziehungen einzelner Mitgliedsstaaten zu Russland geprägt. Dies führte dazu, dass wir in Samara unter deutscher Präsidentschaft einen schwierigen EU-Russland Gipfel hatten.

Auch wenn sich die Dinge inzwischen aufgeheilt haben – der Gipfel der portugiesischen Präsidentschaft verlief etwas glücklicher –, benötigen wir dennoch auch auf europäischer Seite einen neuen Konsens über die künftige Gestalt einer strategischen Partnerschaft mit Russland, um nicht bei jedem Problem, das ein Land mit Russland hat, wieder die Bremse anziehen zu müssen.

Sapper: Lieber Herr Eichwede, jetzt haben Sie die intellektuell herausfordernde Aufgabe, diese Frage auch noch einmal aus der Perspektive eines Zeithistorikers zu beantworten. Wenn wir die unterschiedlichen Entwicklungswege, die Polen und Russland seit dem Epochenjahr 1989 zurückgelegt haben, in den Blick nehmen, und wenn wir unter Umständen Marek Prawdas Deutungsversuch aufnehmen, dass nämlich die Wahl der Kaczyński-Brüder auch eine spezifische Reaktion auf die Transformation war und das jüngste Wahlergebnis vor allem eine Konsolidierung der Demokratie darstellt, welches Erklärungsmodell haben wir dann, um diesen komplett anderen Entwicklungsweg in Russland zu erklären?

Eichwede: Bei allen kritischen Bemerkungen, die sicher an dem heutigen Abend noch zu Russland fallen werden, muss man sich eines doch immer wieder vor Augen halten. Wir haben 1989 und 1991, also in diesen beiden europäischen Epochenjahren, etwas absolut Ungewöhnliches erlebt. Wir haben den friedlichen Zerfall einer Weltmacht, und wir haben eine Neudefinition von Revolution, nämlich dass sich Revolution nicht mehr mit

Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln vollziehen kann. Das hat viel mit den Dissidenten, mit den Menschen und Sozialbewegungen in diesen Ländern zu tun, aber auch etwas damit, dass die damalige Sowjetunion und ihr damaliger Präsident Gorbatschow gewissermaßen die Schwäche des eigenen Landes erkannt und nicht versucht haben, sich dieser Entwicklung militärisch entgegen zu stellen. Das ist zeitgeschichtlich ein absolut singulärer Fall.

Herr Mafael, ich bin ein bisschen skeptischer, was die EU-Russland-Beziehungen angeht, wie Sie sie beschreiben. Ich habe den Eindruck, als ob die beiden Seiten im Augenblick nicht so recht wissen, wie sie miteinander umgehen sollen. Die Logik der Europäischen Union beruht darauf, dass sämtliche Mitgliedsstaaten – die ehemals großen Mächte wie Polen, Frankreich und Deutschland ebenso wie kleinere Staaten – dazu bereit sind, Souveränität abzugeben. Russland aber ist dazu gegenwärtig nicht bereit. Der Demokratisierungsprozess, wie wir ihn in der Bundesrepublik nach 1945 erlebt haben, war ein Prozess der Europäisierung. Wir wurden Demokraten, indem wir international eingebettet waren und das nicht nur als Lockruf, sondern auch als Korsett. Im gewissen Sinne gilt das für die neuen EU-Mitglieder auch. Sie haben inmitten all der Schwierigkeiten, all den Verwerfungen ihrer Transformation und ihres Übergangs vom

Sozialismus zu einer kapitalgestützten Gesellschaft eine europäische Perspektive und stecken in einem europäischen Korsett.

Obwohl ich gegenüber den Kaczyński-Brüdern eine äußerst kritische Einstellung habe, bin ich trotzdem nicht ganz so beunruhigt, weil ich weiß, dass dieses Polen in Europa eingebunden ist. Eine solche

»Obwohl ich gegenüber den Kaczyński-Brüdern eine äußerst kritische Einstellung habe, bin ich trotzdem nicht ganz so beunruhigt, weil ich weiß, dass dieses Polen in Europa eingebunden ist. Eine solche Perspektive hat Russland nicht.«

Wolfgang Eichwede

che Perspektive hat Russland nicht. Wir haben gewissermaßen keinen Platz in der Weltpolitik, wo wir das heutige Russland auf vergleichbare Weise institutionell einbinden könnten. In Russland vollzieht sich seit dem Zerfall des Imperiums eine soziale Umwälzung. Die Situation hat sich in den neunziger Jahren weiter dramatisiert. Russland hat in der Ära Jelzin und Tschubais einen Modernisierungsweg gewählt, der dem Land außerordentlich viel abverlangt hat. Dasselbe war auch in Polen der Fall, nur gab es dort Auffangmöglichkeiten, über die Russland nicht verfügt. Diese Störung der Balance mit ihren Abstürzen in den neunziger Jahren entwickelte sich in diesem Land gewissermaßen nicht nur mit westlicher Billi-

gung, sondern auch als Folge westlicher Ratschläge. Die Bevölkerung erlebte auf der einen Seite eine Preisexplosion, während die Zahl unglaublich reicher Menschen auf der anderen Seite anstieg und sich in einem unglaublichen Tempo eine Art Privatisierung des Staates vollzog.

Sie müssen sich vergegenwärtigen, dass der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik und Vater der sozialen Marktwirtschaft nach 1948/49, Ludwig Erhard, von der Weltbank Berufsverbot bekommen hätte wegen eines linksradikalen Konzepts sozialer Modernisierung! Ich übertreibe ein bisschen, was die Auflagen internationaler Institutionen für Russland oder andere Länder in Ost- und Ostmitteleuropa angeht. Aber man darf nicht vergessen, dass es sich um unglaubliche gesellschaftliche Erschütterungen handelt. Parallel dazu gab es, auch das muss man sehen, Herr Mafael, eine Veränderung in der Wahrnehmung. Ich bin wohl so oft in Russland wie Andrei im Westen ist, und man muss einfach konstatieren, dass hier schon Ende der neunziger Jahre eine tiefe, wechselseitige Entfremdung eingesetzt hat. Wir haben Russland von der Mitte der neunziger Jahre an in hohem Maße durch die Bomben auf Grozny gesehen, um damit Hoffnungen und Visionen, die wir mit Gorbatschow verbanden, zu verlieren. Umgekehrt lässt sich dasselbe beobachten. Meine russischen Freunde haben den Westen von 1997/98 und dann 1999 erst recht durch die Bomben auf Belgrad gesehen. Plötzlich haben sich beide Seiten über ein Kriegs- und Zerrbild wahrgenommen. Die damit verbundene außerordentlich tiefe Entfremdung zwischen Russland und dem westlichen Europa bzw. dem Westen bekommt jetzt vor dem Hintergrund einerseits der autoritären Tendenzen unter Wladimir Putin und andererseits vor dem Hintergrund des Wirtschaftserfolges eine neue Dimension.

Russland möchte in der Weltpolitik wieder eine gewichtige Stellung einnehmen und misst sich an den Vereinigten Staaten, um gleichzeitig zu schwach zu sein, diesen Anspruch auch einzulösen. Das stellt für Russland ein großes Problem dar. Es ist einerseits ökonomisch und auch institutionell sehr eng mit dem westlichen EU-Europa verbunden, um von diesem andererseits wegen der inneren Entwicklung des Landes kritisiert zu werden. Russland denkt sich: Warum muss ich mich von euch kritisieren lassen, wo ich doch heute wieder etwas darstelle? Von daher haben wir eine aus meiner Sicht noch ganz und gar unbefriedigende und unbefriedete Situation. Vielleicht müssen wir zu einer Logik zurückkehren, die ich mir selber gar nicht wünsche, nämlich dass man sich ähnlich wie gegenüber der früheren Sowjetunion auf außenpolitischem Gebiet um Entspannung bemüht und gleichzeitig weiß, dass man auf die inneren Verhältnisse in diesem Land relativ wenig Einfluss nehmen kann.

Sapper: Herr Mafael, direkt dazu?

Mafael: Es gibt in der Tat zahlreiche Gründe dafür, weshalb in vielen Bereichen eine Entfremdung zwischen der EU und Russland stattgefunden hat. Einen davon habe ich vorhin angedeutet. Aus russischer Sicht muss es so aussehen, als würde jetzt jeder der 27 Mitgliedsstaaten bilaterale Konflikte auf die EU-Ebene heben, um damit die Beziehung der EU zu Russland als Ganzes zu torpedieren. Auch wenn das nicht richtig ist, hatte unter der deutschen Präsidentschaft doch oberste Priorität, dass alle neuen Mitgliedsstaaten erst ein Gefühl für die Solidarität bekommen

müssen, die die EU gewährt, so wie Russland merken muss, dass die EU alle ihre Mitgliedsstaaten und insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten nicht alleine lässt.

Eine andere Frage ist der sensible Umgang damit, ob ein Problem, das man mit Russland hat, wirklich

»Es muss uns in der Energiefrage gelingen, das Verhältnis der EU zu Russland im Sinne einer kooperativen Verflechtung zu gestalten.«

Rolf Mafael

auf die EU-Ebene gehoben werden soll. Um ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit zu nehmen: Auch im Konflikt zwischen Deutschland und Russland im Bereich des Luftverkehrs hätte man diesen Weg wählen können. Aber jeder einzelne Fall ist sehr genau zu überlegen, und es darf keinen entsprechenden Automatismus geben. Wir haben im Moment eine ganze Reihe von internationalen Fragen, bei denen wir Russland für die Lösung brauchen. Das ist der Kosovo, das ist der Iran, das ist die Weitergeltung des KSE-Abkommens. Bei all diesen Fragen – und man muss sich dazu nur den Fall Iran ansehen – müssen wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Es muss uns in der Energiefrage gelingen, das Verhältnis der EU zu Russland im Sinne einer kooperativen Verflechtung zu gestalten, bei der sowohl Russland seinen Markt für Investitionen öffnet als auch die EU bereit ist, Teilmarktöffnungen zuzulassen. Das ist leichter gesagt, wenn man ein deutsches Großunternehmen ist, und sehr viel schwerer als kleinerer EU-Mitgliedsstaat mit einer vielleicht schwächeren Industrie zu akzeptieren. Umso wichtiger wird es sein, schnell den gemeinsamen EU-Konsens wieder herzustellen und möglichst bald nach den russischen Präsidentschaftswahlen wieder zusammenzukommen.

Sapper: Marek Prawda, teilen Sie die Diagnose von Wolfgang Eichwede, dass es in Europa keine institutionellen Rahmenbedingungen gegeben hätte, um Russland einzubinden? Und stimmen Sie den Analysen von

Herrn Mafael zu, dass wir ein kooperatives Verhältnis der EU zu Russland brauchen? Wenn ja, um welchen Preis?

Prawda: Ich würde gerne noch auf die psychologische Dimension eingehen, die Professor Eichwede erwähnte. Wir haben in den neunziger Jahren tatsächlich gedacht, dass uns mit Russland eine Schicksalsgemeinschaft verbindet. Das, was die Russen jetzt als ihre Schwäche sehen, haben wir eigentlich als Stärke empfunden. Russland war endlich unser Partner, der die gleichen Probleme hat, der mit uns redet. Eine russische Ärztin kam zur Zeit der Wirtschaftskrise in Russland nach Warschau, um einen kleinen Handel zu betreiben. Eine Freundin von mir, die ebenfalls Ärztin ist, hat sich mit ihr angefreundet. Daraus ist eine Zusammenarbeit von zwei Krankenhäusern entstanden. Damals war überhaupt keine Rede davon, dass Russland sich dadurch kompromittieren würde. Vielmehr war das für uns eine Phase, wo wir mit unseren russischen Freunden über unsere gemeinsamen Probleme gesprochen haben.

Deshalb fand ich interessant, was Sie über die Transformation gesagt haben. Die politischen Besuche von Boris Jelzin riefen eine Welle der Sympathie hervor und weckten Verständnis für viele problematische Punkte in unseren schwierigen Beziehungen. Auf der polnischen Seite war die nötige Empathie vorhanden. Deshalb haben wir es so bedauert, dass diese Stärken Russlands zu Schwächen erklärt wurden, und nun die Verpflichtungen, die Russland in den neunziger Jahren eingegangen ist, revidiert werden sollen, weil sie dem Land vermeintlich schadeten. Wir hofften damals, dass wir in dieser Atmosphäre auch einen gemeinsamen institutionellen Rahmen entwickeln könnten wie zum Beispiel den NATO-Russland-Rat. Es handelte sich dabei um eine von langer Hand vorbereitete Institution, deren Ziel eine gemeinsame Wertegemeinschaft sein sollte. Ich bin der Überzeugung, dass dieser Ansatz durchaus viel versprechend war und zu einem kooperativen Verhältnis mit der EU hätte führen können. Das ist nicht gelungen, wie wir heute wissen. Dennoch sollten wir diese Wahrnehmung aus den neunziger Jahren nicht vergessen.

»Wir haben in den neunziger Jahren tatsächlich gedacht, dass uns mit Russland eine Schicksalsgemeinschaft verbindet.«

Marek Prawda

Sapper: Andrei Zagorski, meine Wahrnehmung ist eine ganz andere als die von Wolfgang Eichwede. Es besteht mit keinem anderen Land weltweit ein derart enges, institutionalisiertes Geflecht von Beziehungen wie

zwischen der EU und Russland. Russland ist Mitglied in der G8 geworden, es ist zweimal pro Jahr beim Russland-EU-Gipfel präsent, und in Brüssel finden monatlich Tagungen statt, an denen der russische Botschafter und Mitglieder der Kommission teilnehmen. Mit keinem anderen Partner ist eigentlich das, was mit den Schlagworten »Wandel durch Annäherung« oder »Wandel durch Verflechtung« gemeint ist, so intensiv praktiziert worden wie mit Russland. In den neunziger Jahren dachte man, man könne auf der Basis von gemeinsamen Werten, Rechtsstaatlichkeit usw. sowohl die Einheit Europas gestalten als auch Russland im Rahmen der OSZE oder des Europarates stärker in den großen eurasischen Kontinent einbinden. Und Russland hat all dem zugestimmt. Warum haben wir dann trotzdem diese Schwierigkeiten?

Zagorski: Man darf dabei nicht die Voraussetzungen vergessen. Die innenpolitische Entwicklung verlief in den ostmitteleuropäischen Staaten und Russland sehr unterschiedlich, und es gab in den außenpolitischen Beziehungen ein starkes Gefälle. In Russland wurde im Unterschied zu

Polen oder einer Reihe anderer Staaten nie die Frage gestellt, ob Russland in die europäischen Strukturen integriert werden möchte oder nicht. Auch wenn über mögliche Optionen einer Anbindung gesprochen wurde, konnte man die feinen Unterschiede heraushören.

»Es ging nie um die Übernahme des Acquis der Europäischen Union, sondern man sprach lediglich von einer Harmonisierung der Gesetzgebung.«

Andrei Zagorski

Es ging nie um die Übernahme des Acquis der Europäischen Union, sondern man sprach lediglich von einer Harmonisierung der Gesetzgebung. Dabei sollten beide Seiten gemeinsam bestimmen, in welche Richtung eine solche Harmonisierung gehen, welche Bereiche in welchem Ausmaß betroffen sein sollten und so weiter. Also bereits 1999 und damit noch vor Putins Präsidentschaft war ganz klar, dass es keinen Beitritt geben wird, sondern allein ein vertraglich gestütztes Verhältnis zwischen Russland und der EU.

Der zweite wichtige Faktor ist das Selbstverständnis Russlands als eine souveräne Macht, für die Europa nur eine Option unter mehreren ist. Für Polen mag es vielleicht selbstverständlich gewesen sein, den Weg nach Europa einzuschlagen. Russland aber sieht sich gleichberechtigt inmitten mehrerer sowohl alter als auch neuer Zentren der Weltpolitik. Nicht mehr nur die USA oder Europa spielen eine Rolle, sondern ebenso China, Indien oder Brasilien. Das verändert natürlich völlig das Kräfteverhältnis.

Hinzu kommt dann noch der wirtschaftliche Faktor. Die Finanzstabilisierung und das wirtschaftliche Wachstum der letzten zehn Jahre haben ein neues Selbstbewusstsein geschaffen. Russland kehrt als eigenständige Macht auf die Weltbühne zurück, was zu einer völlig anderen Herangehensweise an die Politik geführt hat.

Inzwischen sind in Russland neue Eliten herangewachsen, die die neunziger Jahre nicht verinnerlicht haben und Vernetzung anders definieren. Für Russland ist die G8 nicht in erster Linie der Club der demokratischen Industriestaaten, sondern der Club der führenden Mächte der Welt. Multilateralismus wird als ein Konzert dieser Mächte definiert. Das heißt, wenn der Westen beispielsweise mit uns über den Kosovo entscheiden möchte, darf er keine Entscheidung ohne russische Zusage treffen. Ignoriert er dies, wird sich Russland verweigern. Will man dennoch weiter kooperativ zusammenarbeiten, müssen Kommunikationswege geschaffen werden, über die eine gegenseitige Abstimmung erreicht werden kann. Wir haben meiner Meinung nach noch viel zu wenige Möglichkeiten der gemeinsamen Konsensbildung auf den unteren Ebenen. Weil sich aus diesem Grund so viele strittige Fragen zu Kontroversen auswachsen – ich nenne hier nur das Stichwort Energiepolitik –, muss man die gegenseitigen Beziehungen ›verregeln‹ lassen.

Sapper: Aber die Beziehungen sind doch schon so verregelt wie in keinem anderen Fall! Wir haben seit 1990 versucht, den Partnerschafts- und Kooperationsvertrag abzuschließen. Das Konzept der gemeinsamen vier Räume, das Herr Mafael am Anfang erwähnt hat, zielt darauf, gemeinsame Partnerschaften aufzubauen und durch Kooperation auch einen Wertetransfer zu erreichen. Das wird – auch in den Beziehungen zwischen Polen und Russland – als ein Problem gesehen, weil sich die Frage stellt: Wie geht man mit der innenpolitischen Entwicklung in Russland um? Denn ganz offensichtlich scheint es einen Widerspruch zu geben zwischen den energiepolitischen Interessen der Europäischen Union, die in sehr unterschiedlichen nationalstaatlichen Formen abhängig sind von Gas- und Öllieferungen aus Russland, und auf der anderen Seite dem Festhalten an Prinzipien wie den Menschenrechten oder Rechtsstaatlichkeit. Ist die Politik der Europäischen Union gegenüber Russland gescheitert? Herr Eichwede.

Eichwede: In erheblichem Umfang ja. Diese Einschätzung mag möglicherweise in Differenz zum Auswärtigen Amt stehen, aber ich bin als Wissenschaftler nicht an diplomatische Sprachregelungen gebunden und

kann das von daher ganz offen sagen. Wir müssen uns drei Dinge ganz deutlich vor Augen halten, denn es gibt eine Reihe von objektiven Dilemmata, die bislang nicht gelöst wurden. Ich möchte dafür ein Beispiel geben: Ich habe immer dafür argumentiert, dass Polen Mitglied der NATO wird, und habe dafür erst recht aus polnischer Sicht Verständnis. Wenn ich Pole wäre, würde ich nach all den Erfahrungen auch mein ganzes Streben darauf richten, unter das Dach der Vereinigten Staaten zu gelangen, um damit gegenüber den Nachbarn – Deutschen und Russen – ein Stück an Handlungsfreiheit zu gewinnen.

Aus russischer Sicht ist das nicht so einfach nachzuvollziehen. Es gibt so kluge Leute wie Andrei Zagorski, die sagen: Lass sie. Das ist gut so und bringt ein Stück an Stabilität. Aber es gibt auch viele ebenfalls kluge Leute in Russland, die damit wirklich ein Problem haben. Das heißt nicht, dass Polen dem nachgeben sollte, aber man muss dieses Dilemma sehen. Sie sagten, Herr Sapper, man sei institutionell aufs Engste vernetzt. Dabei muss man aber doch sehen, dass dies zu einem erheblichen Teil zu Konditionen geschah, die der Westen bestimmt hatte. Wir haben in den neunziger Jahren die Europa- und Weltpolitik bestimmt und der russischen Seite gesagt: Ihr könnt mitmachen, aber in einem Rahmen, den wir vorgeben. Das ist zur Durchsetzung unserer Interessen möglicherweise gut gewesen, aber aus russischer Sicht war das problematisch. Nachdem nun Russland zu neuer Stärke gelangt ist, werden diese Probleme auch artikuliert. Wir sprechen heute von der Energiemacht Russland, was auf der einen Seite Stärke bedeutet. Herr Zagorski hat gesagt, der Haushalt sei entschuldet. Davon können wir in der Bundesrepublik nur träumen. Aber trotzdem ist dieses mächtige Russland nur mächtig durch seine geographische Lage, durch seine blöden Bomben, die andere auch haben, und durch die Energie.

Letztlich werden Weltmächte in der Perspektive des 21. Jahrhunderts anders definiert als nur über Energie. Russland hat eine außerordentlich geringe Quote von Patentanmeldungen. Es hat einen außerordentlich niedrigen Innovationsfaktor und nach wie vor enorme Schwierigkeiten damit, technologische Revolutionen über Branchengrenzen hinweg zu adaptieren. Unter Modernisierungsgesichtspunkten weist dieses Land also riesige Defizite auf, was unsere russischen Kollegen auch wissen. Auf der einen Seite spielen sie also heute ein wenig mehr Weltmacht als noch vor fünf Jahren und auf der anderen Seite wissen sie, dass manches davon noch nicht auf stabilem Boden gebaut ist.

Der dritte Punkt betrifft die innere Entwicklung in Russland. Hier hat sich etwas vollzogen, was eigentlich von der russischen Geschichte her

gar nicht zu erwarten war. Lange Zeit war ein nationales Denken in Russland, wenn Sie so wollen, eher kapitalismuskritisch orientiert. Jetzt aber hat es sich mit einem kapitalistischen Gesellschaftsentwurf verbunden. Das Geheimnis von Putins Erfolg und seiner Popularität liegt offensichtlich darin, dass er in der Lage ist, sowohl Verlierer als auch Gewinner der Transformation an sich zu binden. Es ist ihm daher gelungen, seinen Entwurf eines starken Staates sozial und gesellschaftlich im eigenen Land abzusichern. Wir beobachten die russisch-europäischen Beziehungen immer bloß von unserer Warte.

Deshalb bin ich skeptisch, ob es uns gelingen wird, Russland von der Einhaltung der Grundsätze des Europarates zu überzeugen. Andrei und Herr Mafael, Sie appellieren, und ich appelliere gerne mit, aber ich zweifle sehr am Erfolg eines solchen Appells, weil die Entwicklungsvektoren der russischen Politik zurzeit ganz anders ausgerichtet sind.

Da spielt eher Stabilität als ein westlicher Wertekodex eine Rolle, die Entwicklung einer nationalen Idee hat eine höhere Priorität als beispielsweise die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Vor diesem Hintergrund müssen wir während einer überschaubaren Zeitspanne – ich spreche nicht von Jahrzehnten, aber von den nächsten Jahren – eher mit einer anhaltenden Entfremdung im russisch-europäischen Verhältnis rechnen. Das Ergebnis der russischen Duma-Wahlen in 14 Tagen kennen wir weitgehend schon jetzt. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, dass sie als ein Vorspiel der Präsidentenwahlen zu sehen sind, bei dem die Ausgangsposition von Wladimir Putin neu definiert wird. Es geht letztlich um die Frage, wie Putin nach Putin weiter regiert.



Wolfgang Eichwede

Sapper: Schönen Dank, Herr Eichwede. Herr Mafael sagte vorhin, damit die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland wieder in ein insgesamt besseres Licht gerückt werden könnten, müssten zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Erste Voraussetzung: Russland muss wollen, zweite Voraussetzung: Die EU braucht einen Konsens über ihre Werte und Interessen. Vor wenigen Wochen erschien vom European Council On Foreign Relations eine Untersuchung über die EU-Russland-Beziehungen. Die beiden Autoren Mark Leonard und Nicu Popescu spalten die 27 Länder in fünf Gruppen auf. Sie stellen fest, dass es trojanische Pferde Moskaus

gibt. Das seien – Sie werden sich wundern – Griechenland und Zypern, die in relevanten Fragen durch ihr Veto die EU-Politik gegenüber Russland zerstörten. Dann gebe es strategische Partner, zu denen Deutschland, Frankreich und Italien gehörten. Sie setzten ihre starken ökonomischen und politischen Interessen im bilateralen Dialog mit Moskau um und unterhielten hervorragende Beziehungen. Ferner gebe es wohl gesonnene Pragmatiker, unter die ein Großteil der Ostmitteleuropäer, aber auch Portugal und Slowenien fielen, sowie frostige Pragmatiker, die eher ein bis-

schen zurückhaltend seien. Und dann gebe es angeblich erbitterte Russlandfeinde. Zu diesen Russlandfeinden, das wird Sie nicht überraschen, zählen die Autoren Litauen und Polen.

Passend zu dieser Diskussion bringt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* heute den Text: »Steinmeier lobt Moskau. Energiepartnerschaft nicht leichtfertig aufs Spiel setzen«. Berichtet wird von einer Veranstal-



Manfred Sapper

tung der Quandt-Stiftung, auf der unter anderem der ›Russlandexperte‹ Gerhard Schröder auftrat. Schröder sagte, es solle alles unterlassen werden, was als Eindämmungs- und Einkreisungspolitik aufgefasst werden könne. Es bedeute eine Gefahr für Europa, in Polen und der Tschechischen Republik ein Raketenabwehrsystem zu installieren. Dabei kritisierte er Polen heftig wegen dessen Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Moskau. Zitat Schröder: »Es kann nicht hingenommen werden, dass im Verhältnis zu Russland ein einziger europäischer Staat Deutschland und die Europäische Union in Geiselnhaft nimmt, gleichzeitig aber das Thema Raketenabwehr als bilaterale Angelegenheit betrachtet.« Wie reagieren Sie auf dieses starke Zitat von Herrn Schröder, Herr Prawda?

Prawda: Das Konzept der souveränen Demokratie birgt natürlich auch seine Schattenseiten, da es zu einer Renationalisierung der Politik in der EU kommt. Russland nimmt die Europäische Union nicht als eine stabile und prospektive Organisation wahr, sondern setzt lieber auf nationale bzw. bilaterale Beziehungen. Das ist eine Entwicklung, die sich für kleine und mittelgroße Staaten ungünstig auswirkt, weil sie immer – zumal als direkte Nachbarn Russlands – als erste davon betroffen sind. Polen ist der

EU und der NATO beigetreten, um Teil einer Wertegemeinschaft zu werden. Es wollte von diesen Ländern wie jedes andere EU-Mitglied auch behandelt werden.

Nach 2004 haben wir uns mehrere Male sehr um die Solidarität der EU bemüht, leider nicht immer mit Erfolg. Herr Mafael erwähnte die Ölraffinerie in Litauen. Polen hatte diese Raffinerie erworben, wobei es sich gegen eine russische und eine kasachische Firma, glaube ich, durchsetzen musste, und kurz darauf wurde die Leitung unterbrochen. Nun hatte es einmal eine ganz ähnliche Situation gegeben, als Shell Probleme mit dem Sachalin-Projekt hatte. Damals hatte die EU sofort reagiert und dieses Problem als ein europäisch-russisches und nicht niederländisch-russisches Problem dargestellt. Wir dagegen hatten im Fall der litauischen Ölraffinerie Mühe, diesen Konflikt auf die EU-Agenda zu setzen. Und das ist nur eines unter vielen Beispielen. Ich sehe dies als einen Prozess der Anpassung.

Auch die EU muss sich erst daran gewöhnen, dass die neuen Mitglieder so behandelt werden wie die alten. Die Ostseepipeline war für uns natürlich ein Problem. Wenn man Schwierigkeiten mit unsicheren Transitländern vermeiden will, wird man versuchen, sie zu umgehen. Nur, Polen ist der EU beigetreten, gerade um ein sicheres Transitland zu werden. Deshalb konnten wir auch die Argumentation

von Herrn Schröder nur sehr schwer verstehen, dass es sich bei der Pipeline um eine rein ökonomische Entscheidung gehandelt haben sollte. Das sind Fragen, die uns noch heute beschäftigen. Denn es gibt in Polen Konzerne, die nicht ver-

kauft werden können, weil die Kaufinteressenten auf das potenzielle Risiko unsicherer Gaszulieferungen hinweisen. Für ein Land wie Polen besitzt die Solidarität in Energiefragen daher eine existenzielle Bedeutung. Das Gleiche gilt für das Abkommen für Fleischprodukte. Nun ist es ja nicht so gewesen, dass wir als einziges Land alle in Geiselschaft genommen hätten. Vor zwei Jahren haben wir zunächst wirklich gedacht, man könnte es bilateral lösen, indem hier und da Erleichterungen eingeräumt würden. Aber nach einem halben Jahr hat sich dies als der falsche Weg erwiesen. Es war daher eine politische Entscheidung, sich an die EU zu wenden. Allerdings hatten wir uns etwas mehr Nachdrücklichkeit von Kommissar Mandelson erhofft. Nach fünf Monaten ergebnisloser Bemühungen haben wir mit dem Veto gedroht, um es natürlich nicht anzuwenden. Dass ein Veto nur dann »funktioniert« oder »seinen Zweck

»Das Konzept der souveränen Demokratie birgt natürlich auch seine Schattenseiten, da es zu einer Renationalisierung der Politik in der EU kommt.«

Marek Prawda

erfüllt«, wenn man es nicht erst anwendet, das verstehen sogar wir! Deshalb glaube ich, dass wir in dieser Frage keine andere Lösung haben als die einer homogenen EU, die mit einer Stimme spricht und Trennungen nicht zulässt.

Sapper: Herr Mafael, fehlt es der EU an der Handlungsfähigkeit und Bereitschaft zu dieser homogenen Position?

Mafael: Es fehlt nicht an Institutionen, die die Beziehungen zwischen Russland und der EU regeln. Vielmehr geht es darum, die vorhandenen Institutionen mit Leben und praktischer Politik zu füllen. Darüber hinaus ist die EU-Politik gegenüber Russland aus meiner Sicht auch nicht gescheitert. Würden wir in solch kurzfristigen Zyklen denken, wäre das eine schlechte Außenpolitik. Ich glaube, wir müssen vielmehr in Dezennien und nicht in Kategorien von vier bis fünf Jahren denken. Sowohl in Russland als auch in der EU haben sich die Verhältnisse seit 1999 so nachdrücklich verändert, dass es einfach einige Zeit dauert, bis man wieder einen alle zufrieden stellenden Modus der Zusammenarbeit gefunden hat. Nimmt

»Es fehlt nicht an Institutionen, die die Beziehungen zwischen Russland und der EU regeln. Vielmehr geht es darum, die vorhandenen Institutionen mit Leben und praktischer Politik zu füllen.«

Rolf Mafael

man beispielsweise das Thema Energie, betont die deutsche Seite, dass E.ON auf dem letzten deutsch-russischen Gipfel ein Abkommen über eine Mehrheitsbeteiligung an einer russischen Energiefirma abgeschlossen hat. Die britische Sicht dagegen ist, dass BP in Russland zwar noch nicht ganz aus

dem Geschäft ist, aber doch in eine – um es einmal so zu formulieren – sehr schwierige Situation gebracht wurde. Ähnliches gilt auch für Shell, so dass man sich umgekehrt auch die Frage stellen muss, ob Russland nicht versucht, die verschiedenen Mitgliedsstaaten gegeneinander auszuspielen, und wir Schwierigkeiten haben, darauf adäquat zu reagieren.

Es ist richtig, dass sich Russland auf Augenhöhe mit den USA sehen will. Aber wenn man die Angelegenheit einmal ganz praktisch betrachtet und sich fragt, woher Russland die Technologie und das Know-how bekommen will, um seine Gas- und Ölquellen optimal zu nutzen und seine Wirtschaft auszubauen, zeigt sich, dass Russland dafür Partner braucht. Als ich vor einigen Jahren noch in Japan war, schien mir Japan ein möglicher Partner zu sein. Aber diese Dynamik brach dann irgendwann ein. Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union der richtige Partner

für die Entwicklung Russlands ist und die Interessenlage beider letztendlich so stark konvergiert, dass wir zu positiven Ergebnissen kommen werden.

Sapper: Andrei Zagorski, stimmen Sie dem zu?

Zagorski: Ich will dazu versuchen, das bisher Gesagte kurz zusammenzufassen. Was die Wertediskussion angeht, stellt der Hinweis auf gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder Menschenrechte für Moskau kein Problem dar, denn im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen gab es oft den Hinweis auf die KSZE-Dokumente. Was Moskau infrage stellt, ist der Anspruch der EU, allein beurteilen zu wollen, wie diese Werte interpretiert werden sollen. Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren, wobei ich es nicht bewerten, sondern nur versuchen will, die Politik Moskaus nachzuvollziehen. Für die EU bedeutete der dritte Wahlgang in der Ukraine 2004 einen Sieg der demokratischen

»Was Moskau infrage stellt, ist der Anspruch der EU, allein beurteilen zu wollen, wie diese Werte interpretiert werden sollen.«

Andrei Zagorski

Bewegung mit fair verlaufenen Wahlen. Aus der Sicht Moskaus dagegen hatte der polnische Präsident Kwaśniewski den verdienten Sieg des Kandidaten Janukowitsch vereitelt, und zwar durch den undemokratischen Versuch vor allem der USA, die Ukraine in einen antirussischen Staat zu verwandeln. Wenn Sie nach Moskau kommen, werden Sie hören, dass die CIA eine antirussische Aktion geplant gehabt hätte.

Man sagt: Kommt uns nicht mit freien Wahlen, mit Demokratie, denn das, was ihr macht, sind keine demokratischen Wahlen. Das, was ihr macht, ist die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Damit will ich nur darauf hinweisen, dass die Gespräche nicht leicht werden, denn Moskau ist für diese Debatte nicht offen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen ist in der OSZE viel von diesen Divergenzen die Rede, aber ich muss sagen, dass ich im Westen in diesen Fragen keine klare Politiklinie sehe. Auch erkenne ich zwischen Moskau und dem Westen keine wirkliche Kommunikation. Für mich bedeutet das ein Déjà-vu-Erlebnis aus der Sowjetzeit. Ich habe das alles schon einmal in den achtziger Jahren in der KSZE durchgemacht. Der entscheidende Punkt ist aber, dass für Moskau das Prinzip der Konditionalität, das das alte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU vorsah, nicht mehr zu akzeptieren ist. Die EU soll Moskau nicht mehr diktieren, wie gemeinsame Werte auszulegen und umzusetzen seien. Neben den Differenzen bestehen

aber zugleich auch gemeinsame Interessen der EU und Russlands. Zum einen liegen sie im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen. Moskau verkauft Energie und andere Rohstoffe nach Europa und kauft umgekehrt Konsumgüter. Die russische Wirtschaft hat mit einem großen Konkurrenten aus dem Osten zu kämpfen, denn das Eindringen chinesischer Waren auf



Andrei V. Zagorski

dem russischen Markt ist enorm. Zum anderen gibt es gemeinsame Interessen im Bereich der Weltsicherheitspolitik. Wir sind Partner im Iran, im Nahen Osten, im Quartett usw. Dabei läuft nicht immer alles glatt. Je näher der Nachbar, desto schwieriger die Nachbarschaft, je weiter entfernt, desto leichter fällt es, eine gemeinsame Sprache zu finden. Moskau bemüht sich, mit der EU statt der Konditionalität des

Partnerschafts- und Kooperationsabkommens eine strategische Partnerschaft aufzubauen. Und schließlich ist der dritte zentrale Punkt, dass in der EU kein Konsens darüber besteht, ob wir eine strategische Partnerschaft mit Russland überhaupt brauchen. Es herrscht Uneinigkeit darüber, inwiefern die EU trotzdem weiter auf der Konditionalität bestehen will und in welchen Bereichen man zu Kompromissen bereit wäre.

Das Problem darf und kann nicht auf das polnische Fleisch reduziert werden. Es wäre ein totaler Fehler, zu denken, dass in dem Moment, wo die Frage des polnischen Fleischembargos gelöst wäre, in den Russland-EU-Beziehungen keine Probleme mehr bestünden. Man würde im Gegenteil dann erst beginnen, über die eigentlichen Probleme zu sprechen. Die Moskauer Politik hat für mich zurzeit zwei Optionen. Beim EU-Russland-Treffen in Samara hat sich ganz deutlich gezeigt, dass das Prinzip der Solidarität in der EU für Moskau umgekehrt bedeutet: Die Qualität der Beziehungen Russlands zur EU wird nicht allein nur von den Staaten bestimmt, die sich innerhalb der EU als Freunde Russlands verstehen, sondern in entscheidendem Maße auch von denjenigen, die ein schlechtes Verhältnis zu Moskau haben. Der beste Weg hin zu einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der EU führt daher nicht nur über einen Ausbau der guten Beziehungen beispielsweise zu Deutschland, sondern über eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen, Estland, England oder anderen Kritikern. Die Probleme müssen benannt und dann gelöst werden, damit man mit weniger Belastungen in die Zukunft gehen kann.

Sapper: Andrei Zagorski, mich irritiert an der ganzen Situation, dass das Thema Energie in den Debatten in Polen, im Baltikum und in Deutschland eine solche Übermacht gewonnen hat, dass die politischen Beziehungen zu Russland dahinter völlig zurückzutreten scheinen. Aber noch vor zehn Jahren, als Russland wegen des relativ niedrigen Ölpreises wirtschaftlich schwach war, wurde in Russland eine innenpolitische Diskussion darüber geführt, dass man ja nur ein Rohstoffanhängsel der Weltwirtschaft sei. Dann stieg der Ölpreis von 15 auf 85 Euro, und plötzlich wird aus einer einseitig energiegestützten Volkswirtschaft eine Energiesupermacht. Das passt irgendwie nicht zusammen. Was ich zweitens, Herr Eichwede, nicht verstehe, ist, dass der Energiebereich selbst auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation in den achtziger Jahren unabhängig von allen ideologischen Konflikten immer das Moment kooperativer Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten war. Heute glaubt kein Mensch mehr an objektiv bestehende ideologische Konflikte zwischen beiden Seiten, und niemand sieht momentan ein seriöses sicherheitspolitisches Problem. Trotzdem wird dieser Energiediskurs immer stärker in sicherheitspolitischen Kategorien diskutiert. Energie ist plötzlich vom kooperativen zum konfrontativen Element geworden. Wie erklären Sie sich diese Veränderung in den Ost-West-Beziehungen in Europa?

Eichwede: Zum einen glaube ich, dass wir die Energie ein gutes Stück ideologisch aufgeladen haben. Allerdings muss man auch sehen, dass sie sich heute in ganz anderen Dimensionen bewegt und allein aus dem Grund noch einmal an Bedeutung gewonnen hat. Für die russische Seite – Herr Zagorski weiß da viel mehr als ich – besteht das Energieproblem nicht nur darin, dass eine Pipeline durch die Ostsee geführt wird, sondern dass die zentralasiatischen Staaten Erdgas über das Kaspische Meer unter Umgehung Russlands liefern können. Es sind also viele Empfindlichkeiten und Fragen des politischen Einflusses bzw. Prestiges mit im Spiel. Das Thema Energie wird aber nicht nur von russischer Seite, sondern auch von uns hochgespielt. Sie haben ja vorhin ausführlich Gerhard Schröder zitiert. Ich denke, er wie auch ein Teil unserer Wirtschaftsvertreter wissen um die Probleme im Verhältnis zu Russland und die schwierige innenpolitische Situation. Um trotzdem die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, wird das Thema Energie gewissermaßen als Argument genutzt, um die Kritik, die in den westlichen Medien und der westlichen Öffentlichkeit an den innerrussischen Entwicklungen hörbar ist, aufzufangen. In den Vordergrund dieser Argumentation wird die Abhängigkeit von den Energielieferungen gerückt, die der EU die Hände binde.

Ich wollte nicht sagen, Herr Mafael, dass die Beziehungen zwischen Russland und der EU auf immer gescheitert seien. Nur der augenblickliche Zustand ist nicht befriedigend, und darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Möglicherweise müssen wir auch bei manchen institutionellen Einbindungen Russlands vorsichtiger sein, um diese Doppelsprachigkeit zu vermeiden, von der Andrei Zagorski sprach, dass nämlich alle von Demokratie reden, aber etwas ganz Verschiedenes meinen. Wir müssen vielleicht akzeptieren, dass wir keine Instrumente haben, um auf die inner-russischen Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Ich verstehe das Argument der Verflechtung. Es gibt uns einerseits sozusagen ein Instrumentarium an die Hand oder vielleicht sogar das Recht, uns zu bestimmten Entwicklungen zu äußern. Andererseits aber muss man sich überlegen, ob man nicht die Koordinaten in den Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Russland in den nächsten Jahren insgesamt etwas vorsichtiger definieren sollte.

Ich will noch einmal den Begriff der Konditionalität erläutern. Konditionalität heißt, dass wir den Ausbau unserer Beziehungen an Reformfortschritte im Sinne der Demokratie binden. Genau das aber ist ein Vorgehen, das von der russischen Seite unter den heutigen Bedingungen

hinterfragt und abgelehnt wird.

**»Wenn auf russischer Seite
manchmal ein fehlender Wille
beklagt wird, fehlt auf unserer Seite
die Fähigkeit zur Politik.«**

Wolfgang Eichwede

Denn sie könnten umgekehrt auch sagen, bevor ihr über westliche Muster bei uns diskutiert, kommen wir auch einmal und diskutieren über russische Demokratie in Frankreich oder in Deutschland. Wir sollten auch, und da besteht vielleicht

ein Dissens zwischen Herrn Prawda und mir, bei einer Reihe von Fragen noch vorsichtiger sein als wir es schon sind. Das betrifft beispielsweise die Radarsysteme in Ihrem Land oder in der Tschechischen Republik. Seit Willy Brandt ist es ein Grundsatz der Außenpolitik, die eigenen Interessen daraufhin zu prüfen, wie die andere Seite meine Interessen begreift. Vor diesem Hintergrund stellen Schritte, die ich zwar aus der polnisch-amerikanischen Beziehungskonstruktion heraus verstehe, im Außenverhältnis zu Russland eben doch ein Problem dar. Wenn wir das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen seit 1991, also seit dem Zerfall der Sowjetunion, in dieser Form überdenken, dann hat hier nicht nur die russische Seite Dinge versäumt, sondern auch wir haben zu Missverständnissen Anlass gegeben.

Ich plädiere daher für eine größere Vorsicht, will man eine Verbesserung der Beziehungen erreichen. Auch wenn ich darüber jetzt einen langen Vortrag halten könnte, möchte ich nur noch mit einer Bemerkung schließen: Ich habe zehn Jahre lang an den Verhandlungen um die so genannten verschleppten Kulturgüter zwischen der Bundesrepublik und Russland teilgenommen. Ich weiß, dass sowohl die deutsche als auch die russische Seite vor den Gesprächen kompromissbereit waren. Dann trafen die Verhandlungspartner aufeinander, und wir traten zum Teil, entschuldigend Sie Herr Mafael, wie die Staatsanwälte auf, und nichts ist erreicht worden. Wenn auf russischer Seite manchmal ein fehlender Wille beklagt wird, so fehlt auf unserer Seite die Fähigkeit zur Politik.

Sapper: Schönen Dank, Herr Eichwede. Dieter Bingen signalisiert, wir sollten bald zum Ende kommen. Aber ich möchte bei einem derart komplexen Thema nicht das Panel schließen, ohne Ihnen vorher noch einmal die Möglichkeit gegeben zu haben, etwas zu kommentieren oder Fragen zu stellen. Wer unmittelbar etwas beitragen möchte, möge sich melden.

Kuroczyński: Ich komme von der Technischen Universität Darmstadt. Nachdem wir viel über die EU, Wirtschaftsbeziehungen und Kooperation gesprochen haben, würde mich das Bildungssystem interessieren. Vor kurzem hatte sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit den Bildern und Stereotypen beschäftigt, die in Geschichtsbüchern produziert werden. Es ging dabei um Versuche einer Neuschreibung der Geschichte auf russischer Seite – eine Frage an Herrn Zagorski. In Polen konnte man kürzlich unter dem damaligen Bildungsminister Giertych in der Regierung Kaczyński eine ähnliche Debatte erleben. Man wollte wieder eine Konzentration auf das Polnische und die Abkehr von ausländischen Autoren. Daher möchte ich an Herrn Eichwede dieselbe Frage auch noch einmal in Bezug auf das deutsche Bildungssystem stellen, wie nämlich die Bilder über Polen und Russland in der deutschen Geschichtsschreibung aussehen.

Hellesch: Ich bin Geschichtslehrer und wollte noch einmal beim Thema Pipeline nachhaken. Zwar fiel das Wort Pipeline immer wieder, aber ich hörte keine Stellungnahmen. Auch wenn es schon ein sehr heißes Thema ist, hätte ich mir doch gewünscht, wie die einzelnen Herren, besonders der Experte, Herr Eichwede, das Problem aus ihrer Perspektive sehen.

Sapper: Schönen Dank. Andrei Zagorski, Schulbuch und Schulbilder.

Zagorski: Es gibt eine enorme Vielfalt an Büchern, Schulbüchern und historischen Abhandlungen, deren Inhalt sehr divergieren kann und die von unterschiedlicher Qualität sind. Man hatte auch Versuche unternommen, eine Schulbuchempfehlung an die Schulen zu geben, was allerdings bei Lehrern und Historikern auf starke Kritik gestoßen war. Mein Eindruck ist, dass wir noch sehr weit von einer echten und fairen Geschichtsbewältigung entfernt sind. Es gibt zwar Diskussionen, aber die gehen nicht an die Substanz. Nimmt man das Beispiel Katyń und die langjährigen Probleme, die allein schon mit der Bestandsaufnahme verbunden sind, merkt man, dass vor uns noch ein sehr weiter Weg liegt. Beispielsweise wird es immer schwieriger, an die Archive heranzukommen. Insofern wird dies gemeinsam mit unseren Kollegen aus anderen Staaten unsere nächste Aufgabe bleiben. Denn einige Historiker arbeiten durchaus zusammen, aber wir kommen nur sehr, sehr schleppend voran.

Sapper: Marek Prawda, gibt es polnisch-russische Bemühungen für eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit und gemeinsame Schulbücher?

Prawda: Ja, wir haben eine Gruppe, die sich mit den so genannten schwierigen Problemen befasst. Wir hatten auch vor Jahren das Polnisch-Russische Forum ins Leben gerufen, das jetzt schon seit einigen Jahren nicht mehr getagt hat. Ich hoffe aber, dass diese Gespräche wieder aufgenommen werden. Denn man hat sich im Rahmen dieser Bemühungen in einigen historischen Interpretationsfragen angenähert, in anderen wiederum nicht. Das war ein eher mühsamer Prozess in den letzten Jahren.

Sapper: Herr Mafael, bedeutet die Verabschiedung eines Vertrages über die Europäische Union in Lissabon eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union?

Mafael: Befinden wir uns am Anfang oder am Ende der Veranstaltung? Denn mit dieser Frage könnte man natürlich allein schon einen ganzen Abend bestreiten. Die Antwort lautet: Es bedeutet ganz klar eine Stärkung der Handlungsfähigkeit. Sei es für die Bereiche, in denen Entscheidungen nun mit einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden können wie etwa im Justiz- und Innenbereich, sei es für die Außenbeziehungen, die künftig von einem Hohen Repräsentanten in der Funktion eines Außenministers wahrgenommen werden oder sei es durch die Funktion eines europäischen Präsidenten.

Ich möchte aber auch ganz kurz noch einmal auf die Frage zur Ostseepipeline eingehen. Wir verstehen, welche Probleme eine Reihe von Mitgliedsstaaten, darunter insbesondere Polen, mit dem Konzept dieser Pipeline hat. Die Vorbehalte sind vielleicht auch in der Entstehungsgeschichte dieses Projekts begründet. Denn in der Sache geht es darum, dass die Ostseepipeline den zusätzlichen, und ich wiederhole, den zusätzlichen Energiebedarf decken soll, der durch die Reduktion der Vorkommen in der Ostsee entstehen wird. Sie wird also weder die Jamal-Pipeline, die durch Polen und Weißrussland führt, noch die »Družba«-Pipeline ersetzen. Die Entscheidung, ob sie über Land oder über See führen wird, ist in erster Linie eine wirtschaftliche Entscheidung gewesen, denn das Projekt ist in erster Linie ein wirtschaftliches Projekt. Dabei verhält es sich so, dass durch die Verlegung in der Ostsee zunächst einmal höhere Kosten entstehen. Längerfristig gesehen aber ist dies von der Wartung her und vor allem durch den Wegfall der Transitgebühren die günstigere Option. Doch bei all dem ist klar, dass alle Umweltbedenken beachtet und sämtliche Umweltprüfungen durchgeführt werden müssen mit einem hoffentlich positiven Ergebnis.

»Wir verstehen, welche Probleme eine Reihe von Mitgliedsstaaten, darunter insbesondere Polen, mit dem Konzept dieser Pipeline hat.«

Rolf Mafael

Natürlich nehmen wird die polnischen Sorgen um ihre Energiesicherheit ernst, und wir sind gerne bereit, mit Polen wieder das Gespräch aufzunehmen. In der Vergangenheit gab es schon eine ganze Reihe von Vorschlägen, sei es nun, eine Stichleitung zu legen, sei es, von Greifswald aus zusätzliche Leitungen zu planen, die Polen sozusagen eine Westanbindung garantierten, ohne dass es notwendigerweise russisches Gas ist. Denn das könnte dann auch aus der Nordsee oder Norwegen kommen, indem man beispielsweise die Fließrichtung der Jamal-Pipeline veränderte. Es gibt also eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die Energiesicherheit auch in den Ländern zu erhöhen, die mit der Ostseepipeline bislang Probleme haben. Inzwischen haben auch Großbritannien und die Niederlande ihr Interesse bekundet: Die Niederlande sind bereits mit 9 Prozent beteiligt, und Großbritannien hat Abnehmerinteressen geltend gemacht. Es handelt sich also um ein europäisches Projekt. Wir sind davon überzeugt, dass wir letztlich zu einer alle zufrieden stellenden Lösung kommen werden, die auch die Interessen der Länder berücksichtigt, die das bis jetzt kritisch sehen.

Sapper: Zum Stichwort Pipeline bitte noch einmal Herr Eichwede.

Eichwede: Herr Mafael, wenn das alles so ist, wie Sie sagen, was ich Ihnen natürlich glaube, dann haben wir eine unglaublich schlechte Politik gemacht. Wenn es wirklich so ist, dass alles sozusagen den übergeordneten europäischen Zielen und Interessen dient, dann ist mir absolut schleierhaft, warum wir dann Litauen und Polen nicht von Beginn an mit einbeziehen konnten. Vielleicht handelt es sich sogar um ein ganz vernünftiges Projekt, nur dann ist es ein vernünftiges Projekt in einer extrem unvernünftigen Inszenierung von Politik. Was die gegenseitigen Bilder angeht, so glaube

*»Vielleicht handelt es sich sogar um ein ganz vernünftiges Projekt, nur dann ist es ein vernünftiges Projekt in einer extrem unvernünftigen Inszenierung von Politik.«
Wolfgang Eichwede*

ich, dass sich unser Bild von Polen sehr zum Positiven hin entwickelt hat, Herr Prawda. Dasselbe ist im Übrigen auch in Polen gegenüber Deutschland der Fall, soweit ich dieses Polen kenne. Frau Steinbach ist hier nicht repräsentativ, und das wissen auch unsere polnischen Nachbarn. Trotzdem fände ich es

schön, wenn wir die Dinge, die wir gemeinsam aufgebaut haben bzw. die umgekehrt Polen für uns nach dem Krieg aufgebaut hat, noch sehr viel stärker in unser Bewusstsein mit aufnehmen würden. Es geht um die Entwicklungen in den siebziger und achtziger Jahren in Polen, um die Solidarność und eine Sozialbewegung, die schließlich die europäische Nachkriegswelt verändern sollte. Jenseits der riesigen Probleme in der Geschichte ist nach dem Krieg sehr viel gemeinsam gebaut worden und von Ihnen auf keinen Fall weniger als von uns. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag. Als Frau Merkel, die ja sonst ganz klug agiert, ausgerechnet am Tag nach den polnischen Wahlen ankündigte, dieses Vertreibungszentrum bauen zu wollen, dachte ich, dass das zumindest eine sehr schlechte Regie gewesen ist.

Das Russlandbild ist bei uns komplizierter. Es herrschte hier in den Gorbatschow-Jahren eine Euphorie. Wir sind ja alle, wie Sie wissen, Gorbatschowisten gewesen. Diese extrem positiven Einschätzungen brachen dann wieder ein. Das Verhältnis ist sehr viel stärker von Wellenbewegungen bestimmt. Daher besteht heute ein bisschen die Gefahr, dass wir sagen: Nun gut, dieses Russland ist eben so gebaut, dass es eine harte Hand braucht. Selbst der von mir ansonsten bewunderte Helmut Schmidt neigt zu dieser Haltung. Da transportieren wir doch immer noch ein Stück Vorurteile. Sie sehen auch an meiner balancierenden Diskussion,

dass ich vor einem einheitlichen Urteil über dieses Russland warne und glaube, wir müssen einfach ein Wahrnehmen auch in Widersprüchen aushalten. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass es in diesem Russland jenseits der großen Politik unglaublich tapfere und nimmermüde Menschen gibt, die an ihrem eigenen Geschichtsbild arbeiten. Eine Gesellschaft mit einer Organisation wie *Memorial* baut an einem kritischen und wirklich eigenständigen Bild von Russland, das nicht von vornherein nur das Regime verdammt. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Dieses Russland hat Europa in den letzten zwanzig Jahren neben vielen Problemen auch phantastische Überraschungen im positiven Sinne bereitet.

Sapper: Schönen Dank. Mit Podiumsdiskussionen ist es wie mit Zeitschriften. Als Herausgeber einer Zeitschrift weiß ich, dass es sich immer nur um Momentaufnahmen handeln kann und es immer ein bisschen unbefriedigend bleiben wird, weil viele Fragen noch offen sind. Gott sei dank sind Sie in der privilegierten Situation, in Darmstadt zu sein, wo sich der Sitz des Deutschen Polen-Institutes befindet. Einiges spricht also dafür, dass diese Veranstaltung nicht die letzte gewesen sein wird, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Außerdem haben Sie die Gelegenheit, all die zahlreichen Analysen und Publikationen zu lesen, die von uns gemeinsam herausgegeben werden, z. B. die *Polen-Analysen*, die alle zwei Wochen sehr präzise über das informieren, was in unserem Nachbarland vor sich geht, oder die *Russland-Analysen*, die sogar wöchentlich erscheinen. Beides finden Sie jeweils unter diesem Namen im Netz, oder aber Sie schauen in die Zeitschrift *Osteuropa*. Es wäre für uns alle etwas sehr Positives, wenn derartige Veranstaltungen dazu beitragen würden, das Interesse an der Europäischen Union und an dem, was in unseren Nachbarstaaten rundum passiert, zu verstärken.

Bingen: Meine Damen und Herren, bevor Sie nach Hause gehen, darf ich noch einmal der Moderation und den Teilnehmern des Podiums – Herrn Eichwede, Herrn Zagorski, Herrn Sapper, Herrn Prawda und Herrn Mafael – ganz herzlich für ein sehr anspruchvolles Gespräch danken und Ihnen die Gelegenheit geben, bei einem kleinen Umtrunk Ihre Gespräche fortzusetzen. Danke schön und einen guten Abend.



Wolfgang Eichwede, Prof. Dr., 1942 in Friedrichshafen am Bodensee geboren, studierte Geschichte, Politik, Philosophie und Slawistik. 1974 wurde er Professor für Politik und Zeitgeschichte Osteuropas an der Universität Bremen, wo er 1982 die Forschungsstelle Osteuropa gründete und sie bis 2007 leitete. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Beiträge zur neueren Geschichte Osteuropas.



Rolf Mafael studierte Jura und arbeitete in der Staatsanwaltschaft Mannheim, ehe er zum Auswärtigen Amt ging. Er war in Genf und Teheran tätig, anschließend bei der EU-Kommission und der NATO-Vertretung in Brüssel und leitete die politische Abteilung der deutschen Botschaft in Tokio. Seit kurzem ist er Beauftragter für Grundsatzfragen der EU-Außenbeziehungen sowie die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU im Auswärtigen Amt.



Marek Prawda, Dr., aus Kielce stammend, studierte an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig und promovierte 1984 in Warschau im Fach Soziologie. Er arbeitete im Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, war in den 1990er Jahren Erster Botschaftssekretär an der polnischen Botschaft in Deutschland und später Direktor der Abteilung für Westeuropa im Außenministerium. Zwischen 2001 und 2005 vertrat er sein Land als Botschafter in Schweden; seit September 2006 ist er polnischer Botschafter in Deutschland.



Manfred Sapper, Dr., Jahrgang 1962, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie in Frankfurt/Main, Siena und Moskau. Er promovierte in Mannheim mit einer Arbeit über »Die Auswirkungen des Afghanistankriegs auf die Sowjetgesellschaft«. Seit 2002 ist Manfred Sapper Chefredaktor der Monatszeitschrift *Osteuropa* mit Sitz in Berlin.



Andrei V. Zagorski, Prof. Dr., wurde 1959 in Moskau geboren. Er besuchte die Staatliche Universität für Internationale Beziehungen (MGIMO), wo er bis heute arbeitet, unter anderem als stellvertretender Rektor, seit 2005 als leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter. Forschungsaufenthalte und Lehrtätigkeiten führten ihn u. a. nach Prag, Genf und Berlin. Zu seinen wichtigsten Forschungsfeldern gehören Außen- und Sicherheitspolitik Russlands, Europäische Sicherheit, post-sowjetische Studien und Rüstungskontrolle.

Podiumsgespräche des
Deutschen Polen-Instituts Darmstadt
Heft 9

Herausgegeben
vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt e. V.
Redaktion: Bettina-Dorothee Mecke

Gefördert vom Auswärtigen Amt

Fotos: Günther Jockel
Graphic Design: Regina Schüle
Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH Darmstadt
Darmstadt 2008

ISSN 1612-3808